

Historiker zur Debatte über die Erbschaftsteuer

»In Deutschland wird man eher durch Erben als durch Arbeit reich«

Die SPD möchte große Vermögen stärker besteuern, die AfD dagegen will die Erbschaftsteuer in Deutschland am liebsten ganz abschaffen. Historiker Marc Buggeln erklärt, woher der Widerstand gegen gerechteres Erben in Deutschland kommt.

Ein Interview von Katja Iken

30.01.2026, 14.32 Uhr

SPIEGEL: Laut Grundgesetz, Artikel drei, sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich. Wie sieht die Realität in Deutschland bei der sozialen Gleichheit aus?

Buggeln: Was die Einkommensungleichheit angeht, bewegen wir uns aktuell unter den OECD-Ländern im Mittelfeld. Allerdings herrscht hierzulande eine sehr hohe Vermögensungleichheit. Wir sind ganz klar eine Erbengesellschaft.

SPIEGEL: Was heißt das konkret?

Buggeln: Deutschland gehört zu den Demokratien mit der höchsten Vermögensungleichheit weltweit, die Schere zwischen Arm und Reich ist seit den Achtzigerjahren deutlich auseinandergegangen. Was auch mit den steuerlichen Ausnahmen für Unternehmer und sehr reiche Menschen zusammenhängt. Der Großteil gerade derjenigen, die am meisten erben, kann die Erbschaftsteuer inzwischen auf legalem Weg umgehen.

SPIEGEL: Weshalb sie auch als »Dummensteuer« bezeichnet wird.

Buggeln: Genau. Weil sie nur bezahlen muss, wer keinen guten Steueranwalt besitzt. Jemand, der ein Haus in München erbt, das zwei Millionen wert ist, bezahlt zehn Prozent Steuern. Jemand, der 300 Häuser erbt, weil er einen Immobilienkonzern besitzt, muss nichts bezahlen: Das lässt sich durch nichts und niemanden rechtfertigen. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht die aktuelle Erbschaftsteuer bereits zweimal für verfassungswidrig erklärt, 2026 wird es dies voraussichtlich zum dritten Mal tun.

SPIEGEL: Wie viel wird in Deutschland alljährlich vererbt?

Buggeln: Schätzungen bewegen sich zwischen 200 und 400 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der deutsche Staatshaushalt belief sich 2025 auf gut 500 Milliarden Euro. Wobei das Erbe ungleich verteilt ist: Die großen Vermögen erben meist westdeutsche Männer, weit seltener westdeutsche Frauen und fast nie Ostdeutsche. Etwa die Hälfte der Deutschen erbt nichts oder sogar Schulden.

Und unter den Erben erhält die Spitzengruppe der oberen zehn Prozent etwa die Hälfte des geerbten Vermögens.

SPIEGEL: Das hat mit der viel beschworenen Leistungsgesellschaft wenig zu tun.

Buggeln: Richtig. In Deutschland wird man eher durch Erben als durch Arbeit reich. Es herrscht – anders als in vielen anderen Ländern – ein stark dynastisches Denken vor, also die Auffassung, dass das Erbe in der Familie weitergegeben werden müsse. Diese antiindividualistische Haltung läuft dem Leistungsgedanken zuwider.

SPIEGEL: Welche Ursachen hat dieses dynastische Denken?

Buggeln: Die agrarisch-konservativen Eliten haben die Erbschaftsteuer in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert erbittert bekämpft, das dynastische Prinzip hat sich immer wieder durchsetzen können.

SPIEGEL: Dafür hat Preußen als einer der ersten Staaten 1891 eine progressive Einkommensteuer eingeführt.

Buggeln: Das stimmt. Während das Steuersystem jahrhundertelang regressiv war, also Ärmere stärker zur Kasse gebeten wurden als Reiche, änderte sich das ab Ende des 19. Jahrhunderts. Die europaweiten Revolutionen gegen das monarchische System, der Aufstieg der Arbeiterklasse, die massive Vereelendung infolge der Industrialisierung erhöhten den sozialen Druck. Aus Angst vor Revolten reformierte die preußische Regierung ihr Steuersystem. Doch alle Versuche, die 1873 dort eingeführte Erbschaftsteuer zu verändern, scheiterten am Widerstand der adligen Großgrundbesitzer. Die Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer störte sie weniger: Die bezahlte vor allem das Bürgertum.

SPIEGEL: Das war in anderen Ländern anders?

Buggeln: Definitiv. Bis 1913 war Deutschland das einzige Industrieland von Rang, in dem direkte Nachfahren, also Ehepartner und Kinder, komplett von der Erbschaftsteuer ausgenommen waren. In anderen liberal geprägten Ländern, etwa den USA und Großbritannien, dachten die Menschen deutlich individualistischer: Ich habe mir mit meiner Leistung etwas erwirtschaftet, das aber nicht den Angehörigen gehört. Wenn ich sterbe, muss nicht alles an meine Familie gehen.

SPIEGEL: Die Erbschaftsteuer veränderte sich erst nach dem Untergang der Monarchie.

Buggeln: Finanzminister Matthias Erzberger belangte 1919 mit seiner großen Reform erstmals auch Ehepartner und Kinder. Sie wurden, wenn das Erbe sehr hoch war, mit bis zu 75 Prozent besteuert; ein riesiger Einschnitt, der ein schnelles Ende des Adels bedeutet hätte. Diese hohen Erbschaftsteuersätze wurden jedoch kaum je bezahlt: Die bürgerlichen Regierungen senkten sie ab 1922 schon wieder deutlich ab. Die niedrige Besteuerung der direkten Erben von rund 15 Prozent hielt sich dann über die gesamte Zeit des Nationalsozialismus.

SPIEGEL: Der Historiker Götz Aly vertrat indes die These, dass die Nationalsozialisten Spitzverdiener im internationalen Vergleich besonders drastisch besteuert hätten.

Buggeln: Das halte ich für stark zugespitzt. Zwar brauchten die Nazis Geld für den Krieg und erhöhten auch die Steuern. Erbschafts- und Vermögensteuer ließen sie aber unangetastet. Von einem Umverteilungsstaat kann nicht die Rede sein. Während der Einkommensteuerspitzenatz etwa in den USA und Großbritannien im Jahr 1945 bei über neunzig Prozent lag, erreichte er zu Kriegsende im nationalsozialistischen Deutschland nur 60 Prozent.

SPIEGEL: Mit der Lex Krupp, einem Führererlass von 1943, ermöglichte Hitler der reichsten Familie des »Dritten Reichs«, die Erbschaftsteuer sogar komplett zu umgehen.

Buggeln: Ein Beispiel für den unverhohlenen Nepotismus des NS-Staats. Angesichts des drohenden Todes von Firmenpatriarch Gustav Krupp fürchtete die Familie zu Recht eine hohe finanzielle Belastung. Das Konzern- und Privatvermögen, das 1933 noch 260 Millionen Reichsmark betragen hatte, war inzwischen auf etwa eine Milliarde angewachsen – es wären etwa vierhundert Millionen Erbschaftsteuer fällig gewesen. Die Lex Krupp hat das verhindert.

SPIEGEL: Nach Kriegsende 1945 wurden in Deutschland auch die Erben stärker zur Kasse gebeten.

Buggeln: Die Siegermächte sahen nicht ein, warum ihre Bürger mit sehr hohen Steuern den Wiederaufbau desjenigen Landes finanzieren sollten, das den Krieg vom Zaun gebrochen hatte. Deshalb hoben sie den Erbschaftsteuerspitzenatz für direkte Angehörige auf 60 Prozent an. Nachdem die Bundesrepublik 1949 selbstständig geworden war, senkte sie diesen Höchstsatz auf 38 und 1955 dann auf 15 Prozent ab.

SPIEGEL: Auf Betreiben der alten Eliten?

Buggeln: Das dynastische Denken war nach wie vor stark in den Köpfen der Menschen verankert. Zwar war der Adel entmachtet – das Adelsprinzip aber noch immer wirkmächtig. In der Geschichte der Bundesrepublik wurde genau einmal der Erbschaftsteuersatz angehoben: Das war 1974, unter der sozialliberalen Koalition.

SPIEGEL: Trotzdem verringerte sich die Vermögensungleichheit in Deutschland bis Mitte der Siebzigerjahre, wie Sie in Ihrer Studie über den Zusammenhang von Steuerpolitik und sozialer Ungleichheit schreiben.

Buggeln: Das stimmt, allerdings stieg sie seit den Achtzigerjahren schon wieder an. Vorreiter dieser globalen Entwicklung waren England und die USA, wo neoliberale Regierungen unter Margaret Thatcher und Ronald Reagan als Erste die Spitzesteuersätze stark senkten. In Deutschland setzte 1996 die Tendenz ein, die Unternehmensvermögen fast gänzlich von der Erbschaftsteuer zu befreien. Ein Jahr später wurde die Vermögensteuer ausgesetzt. Unter Rot-Grün wiederum wurde im Jahr 2000 der Einkommensspitzensteuersatz von 58 auf 42 Prozent abgesenkt, parallel dazu der Körperschaftsteuersatz deutlich ermäßigt. Deutschland verzeichnete in den vergangenen Jahren ein gigantisches Wachstum beim Vermögen der Superreichen.

SPIEGEL: Und jetzt? Die SPD stößt mit ihrer Forderung, die Erbschaftsteuer für große Vermögen deutlich zu erhöhen, beim Koalitionspartner auf wenig Gegenliebe. Und die AfD will sie gleich ganz abschaffen.

Buggeln: Die AfD hat sich eine neoliberale Politik auf die Fahnen geschrieben, progressive Steuern wie die Vermögens- und Erbschaftsteuer werden traditionell skeptisch betrachtet, sozialstaatliche Maßnahmen tendenziell abgebaut. Würde man das AfD-Parteiprogramm umsetzen, steht zu befürchten, dass die soziale Ungleichheit weiter nach oben geht.

SPIEGEL: Keine gute Option.

Buggeln: Nein. Neueste Forschungen zeigen, dass fast alle Bevölkerungsgruppen etwa 35 bis 45 Prozent Steuern bezahlen, wenn man alle Abgaben zusammennimmt. Die Einzigsten, die weniger belastet werden, sind Menschen mit einem Vermögen von über 100 Millionen Euro – das sind in Deutschland rund 3000 bis 5000 Familien. Der französische Wirtschaftswissenschaftler Gabriel Zucman schlägt vor, dass diese Superreichen auf ihr Vermögen jährlich eine Steuer von zwei Prozent zahlen. Das finde ich vernünftig.

SPIEGEL: Und was ist vom Vorstoß der Sozialdemokraten zu halten?

Buggeln: Die Vorstellungen der SPD wären gegenüber dem Jetztzustand schon eine deutliche Verbesserung, ein nötiger Schritt in Richtung mehr Gerechtigkeit. Die brauchen wir, um unsere Demokratie zu erhalten.

SPIEGEL: Warum?

Buggeln: Demokratie verspricht, dass jeder Wahlbürger ab dem 18. Lebensjahr exakt eine Stimme und damit den gleichen Einfluss auf die Politik hat. Das wird aber zunehmend konterkariert. Wie Studien zeigen, wurden in den letzten 20, 30 Jahren im Hinblick auf wirtschaftspolitische Entscheidungen fast nur noch Forderungen der Reichen erfüllt, nicht aber der breiteren Bevölkerungsschichten. Das führt natürlich zu großem Verdruss.

SPIEGEL: Für die USA ist das belegt, aber gilt das auch in Deutschland?

Buggeln: Am deutlichsten zeigt sich diese Tendenz in den Vereinigten Staaten, in Ansätzen ist sie jedoch auch in Deutschland zu beobachten. Wenn 80 Prozent der Leute sagen, wir brauchen eine höhere Erbschaftsteuer, sich dann aber die 10 bis 20 Prozent der Neinsager politisch durchsetzen, dann kommen einem Zweifel an der Demokratie. Da fühlt man sich schon ein Stück weit ins 19. Jahrhundert zurückversetzt.

Zur Person

Marc Buggeln, Jahrgang 1971, forscht und lehrt als Professor für regionale Zeitgeschichte und Public History an der Europa-Universität Flensburg. Zuletzt veröffentlichte er seine preisgekrönte Habilitationsschrift »Das Versprechen der Gleichheit. Steuern und soziale Ungleichheit in Deutschland von 1871 bis heute«; Suhrkamp; 1039 Seiten; 38 Euro.